

Allgäuer Protest: Minister legt seine Pläne auf Eis

Neue Berechnungsweise für Schlüsselzuweisungen offen

Wertach/Allgäu (elm). - Als Erfolg werten Allgäuer Bürgermeister ihren Protest gegen Pläne der Staatsregierung, die Berechnung von Schlüsselzuweisungen zum Nachteil der Fremdenverkehrsgemeinden zu ändern. Die Überlegungen seien im Finanzministerium „auf Eis gelegt“ worden, teilte Anton Klotz, Gemeindegremien-Vorsitzender im Oberallgäu, mit. Wie berichtet, hatte eine Arbeitsgruppe der Staatsregierung vorgeschlagen, die Nebenwohnsitze im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs nicht mehr zu berücksichtigen. Denn die Berechnung der so genannten Schlüsselzuweisungen beruht auf Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 1987 und sei nicht mehr zeitgemäß. Für die Allgäuer Tourismusorte wäre die Neuregelung freilich ein herber Schlag: Alleine im Oberallgäu blieben den Gemeinden von 17,9 Millionen Euro (2005) nur noch 14,1 Millionen an Schlüsselzuweisungen. So wertete Klotz die Pläne auch als „Retourkutsche“ gegen die Tourismus-Gemeinden, die gegen den Willen der Staatsregierung die Einführung der Zweitwohnungsteuer durchgeboxt hatten. Eine auch vom Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser unterstützte Protestnote der Gemeindegremien-Verbände Oberallgäu, Ostallgäu und Lindau hatte, so Klotz nun bei einem Treffen der Oberallgäuer Bürgermeister in Wertach, offensichtlich Erfolg: „Der Finanzminister hat's auf Eis gelegt.“ Die Pläne sollten nochmals ergebnisoffen geprüft werden. „Damit ist es nicht vom Tisch, aber schon mal verschoben“, sagte Klotz.

Kreuzer: Daten aktualisieren Der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Thomas Kreuzer (Kempten), hat inzwischen im Finanzministerium einen konkreten Vorschlag gemacht: Die Gemeinden sollten demnach aktualisierte Daten vorlegen dürfen. „Wer's macht, bekommt es angerechnet, wer's nicht macht, eben nicht“, beschreibt Kreuzer: Denn für viele Gemeinden rechne sich der Aufwand einfach nicht. Klotz sieht in Kreuzers Vorschlag einen „brauchbaren Weg“.

Zeller warnt Kreuzers Fraktionskollege Alfons Zeller (Oberallgäu) warnte davor, hier „auf Dauer zweigleisig zu fahren“: Bei Klagen unwilliger Zweitwohnungssteuerzahler könnten die Kommunen „auf die Nase fallen“. Aufgrund der Zuweisungen könnte der der Steuer zugrundegelegte Aufwand bezweifelt werden. Der Oberallgäuer Grünen-Abgeordnete Adi Sprinkart hat im Landtag den Antrag gestellt, Zweitwohnsitze auch künftig bei den Schlüsselzuweisungen zu berücksichtigen. Bei der Einführung der Zweitwohnungssteuer habe die Staatsregierung den Kommunen versichert, dies weiter zu tun. „Ein gutes Beispiel für die Kurzlebigkeit von Ministerversprechen“, kommentierte Sprinkart den Streit.